

Nr. 12/08 vom 18.09.2008

Pläne und Interessen zur geologischen Speicherung von Kohlendioxid

Berlin. Wenige Wochen vor der entscheidenden Phase in der Europäischen Union zur Verabschiedung einer Richtlinie über die geologische Speicherung von Kohlendioxid, beschäftigte sich der Arbeitskreis Zukunftsenergien des Forum für Zukunftsenergien mit diesem Thema. Verschiedene Akteure stellten die europäischen, nationalen und regionalen Pläne vor und legten so die Grundlage für weitere Diskussionen mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages.

Martina Doppelhammer von der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission stellte den europäischen Richtlinienvorschlag zur geologischen Speicherung von Kohlendioxid (CCS-Richtlinie) vor. Hintergrund der Richtlinie sei das erklärte Ziel der Europäischen Union, bis 2050 die CO₂-Emissionen um 50% zu reduzieren. Die Themen Energieeffizienz und erneuerbare Energien würden zwar vorrangig behandelt, es bestehe jedoch Einvernehmen darüber, dass auch andere Optionen notwendig seien, um die Reduktionsziele zu erreichen. So sei die Richtlinie Bestandteil des europäischen Klima- und Energiepaketes vom 23. Januar 2008. Die Richtlinie solle einen Rechtsrahmen zum Management von Umweltrisiken setzen und bestehende rechtliche Barrieren beseitigen. Das Gesetzgebungsverfahren läuft zurzeit und es sei mit einer Einigung im Umweltausschuss am 07. Oktober 2008 zu rechnen. Diese sei richtungsweisend, so dass das Verfahren nach einem anschließenden Trialog zwischen Rat, Parlament und Kommission bis zum Dezember 2008 beendet werden solle. Frau Doppelhammer betonte, dass es wichtig sei, dass auch Deutschland in diesem Prozess Stellung beziehe.

Wie wichtig die künftigen Regelungen für Deutschland sein werden, zeigte Dr. J. Peter Gerling von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) auf. Kernfragen, die geklärt werden müssten, seien zum einen die Größe und die Lage der Speicherkapazitäten sowie mögliche konkurrierende Nutzungsansprüche, um einen diskriminierungsfreien Zugang und eine Raumordnungsplanung zu ermöglichen. Zum anderen seien geotechnische Regelwerke notwendig. Die BGR erstellt zurzeit federführend mit den staatlichen geologischen Diensten der Länder ein CO₂-Kataster. Das Projekt soll bis 2010 abgeschlossen sein und dann eine Planungsgrundlage für Unternehmen und Politik darstellen.

Die bevorstehende Richtlinie der EU und die unterstützenden Arbeiten der BGR werden in ein nationales Gesetz umgesetzt. Die Arbeiten dazu

laufen, die zukünftigen Landeszuständigkeiten sind noch nicht geklärt. Dr. Klaus Freytag, Präsident des Landesamtes für Bergbau, Geologie und Rohstoffe in Brandenburg, wies darauf hin, dass die Landesbergämter in der Vergangenheit ihre Kompetenz bzgl. der Speicherung bewiesen hätten und leitete daraus die Forderung nach der Wahrung der jeweiligen Landeszuständigkeiten ab. Das norddeutsche Becken sei für die Speicherung von CO₂ gut geeignet und auch die potentiellen Standorte seien bekannt. Notwendig seien detaillierte zügige Untersuchungen über die Kapazität und geologische Beschaffenheit der Örtlichkeit unter Sicherheitsaspekten.

Alle Vortragenden waren sich in der Forderung einig, die Richtlinie zügig in nationales Recht umzusetzen; so auch Matthias Hartung, Mitglied des Vorstandes der RWE Power AG. Weiter führte er aus, dass CCS die Erreichung der CO₂-Minderungsziele bei gleichzeitiger Deckung des Weltenergiebedarfs gewährleiste. RWE sei bereit in eine Demonstrationsanlage, in Pipelines und in Speicher zu investieren. Nötig seien dazu eine klare politische Unterstützung für die Schaffung der gesellschaftlichen Akzeptanz sowie eines Rechtsrahmens bis Mitte 2009. Dieses CCS-Gesetz sollte schlank angelegt sein und die Erfahrungen aus den Demonstrationsprojekten sollten sukzessive einfließen. Die Genehmigung für Speicheraufsuchung, -errichtung und -betrieb sollten durch die Bundesländer unter Einbindung der BGR erfolgen. Wichtig sei es auch, dass die finanziellen Sicherheitsleistungen für gespeichertes CO₂ angemessen, risikoabhängig und für den Betreiber einfach darstellbar seien. Hartung sprach sich weiterhin für ein Engagement des Bundes beim Ausbau der notwendigen Pipelineinfrastruktur aus. Eine mögliche Finanzierungsquelle könnten die Erlöse aus der Auktionierung von CO₂-Emissionshandelszertifikaten sein.

Bei der Erarbeitung der entsprechenden Regelwerke spielen die Umweltbelange eine entscheidende Rolle. Dr. Harry Lehmann, Fachbereichsleiter für Nachhaltigkeitsstrategien und Umweltplanung im Umweltbundesamt, erläuterte die Beurteilungskriterien seiner Behörde: CCS müsse den Nachhaltigkeitskriterien genügen; dürfe also weder die Gesundheit der Bürger gefährden, noch eine Gefahr für die Umwelt und Atmosphäre darstellen. Daraus ergäben sich Anforderungen an die Technologie und die Speicher. Das Umweltbundesamt vertrete die Auffassung, das CCS eine Übergangstechnologie sei. Priorität hätte der Aufbau eines auf erneuerbaren Energien basierenden Systems.

Die Statements bildeten die Grundlage für die Podiumsdiskussion mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages: Ulrich Kelber (SPD), Dr. Joachim Pfeiffer (CDU / CSU), Hans-Josef Fell (Bündnis 90 / Die Grünen), Horst Meierhofer (FDP) und Eva Bulling-Schröter (Die Linke) debattierten unter der Moderation der Geschäftsführerin des Forum für Zukunftsenergien, Dr. Annette Nietfeld.

Die [Vorträge](#) stehen auf der Homepage des Forum für Zukunftsenergien zum Download bereit.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien ist die einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationale und sparsame

Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Der Verband hat ca. 200 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung.

Im Rahmen des Arbeitskreises Zukunftsenergien findet die Auseinandersetzung mit aktuellen energiepolitischen Themen im Vorfeld parlamentarischer Entscheidungen statt.

Kontakt:

Katja Freitag
Referentin
Forum für Zukunftsenergien e.V.
Stralauer Platz 33-34
10243 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 5
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
freitag@zukunftsenergien.de
www.zukunftsenergien.de